...führen. — Hervé und Clemenceau erklären, ohne die Rede unmittelbar zu besprechen, die Blockade genüge nicht, um den Sieg zu erringen. Nur militärische Operationen könnten zum Ziele führen. Beide betonen die Notwendigkeit einer allgemeinen großen Offensive der Entente. — Bataille erklärt: Man sei jetzt in die letzte Viertelstunde des Krieges eingetreten. Ueberall leide man. Aber Frankreich habe seit Kriegsbeginn immer die größten Opfer gebracht. Man könne verlangen, daß die anderen Alliierten heute ebenso viel Opfer brächten.

*

m. Christiania, 26. Februar. Zu den von Lloyd George angekündigten Einfuhrbeschränkungen gibt der Londoner Korrespondent von Verdensgang einen Kommentar, in dem es heißt: Die eigenen Lebensmittelbestände Englands sind beunruhigend gering und Maßregeln zur Vergrößerung der heimischen Erzeugung sind dringend erforderlich. Die Bestimmungen über die Mindestpreise für Hafer und Weizen und die Festsetzung eines Mindestlohnes für landwirtschaftliche Arbeiter werden die englische Landwirtschaft auf lange Zeit nach dem Kriege revolutionieren. Unter den skandinavischen Ländern wird von der neuen Bestimmung am stärksten Dänemark betroffen.

Ernährungsfragen im Reichstagsausschuß.

Der Ausschuß setzte am Montag die Verhandlung bei dem Wirtschaftsplan fort.

Abg. Herold (Ztr.) hält die Durchführung eines Produktionszwanges für die Landwirtschaft für falsch und glaubt, daß ein Mehrertrag an landwirtschaftlichen Erzeugnissen damit herbeigeführt wäre. Es wäre zu wünschen, daß die Getreidepreise aufrechterhalten würden; aber nachdem einwandfreie Sachverständige zu dem Urteil gelangt sind, daß entsprechend dem Werte der Produktion die Preise einen Ausgleich erfahren müssen, könne man sich der Notwendigkeit einer Preiserhöhung für Brotgetreide nicht verschließen. Wir müssen also eine geringe Preissteigerung mit in den Kauf nehmen. Es muß aber vermieden werden, daß der Brotpreis erhöht werde. Den Kartoffelpreis zu erhöhen wird nötig sein, um einen besseren Anbau zu erzielen, damit sich die Versorgungsschwierigkeiten im neuen Jahre nicht wiederholen. Gegen die Herabsetzung der Viehpreise sei kein Einwand zu erheben.

Aus einer Zusammenstellung, die das Kriegsernährungsamt über die Wirkung der Preisänderung dem Ausschuß unterbreitete, ist zu ersehen, daß nach den bisherigen Preisen der Wert der Produktion für alle Getreidearten, Zuckerrüben, Kartoffeln, Kohlrüben und Heu nach der Abgabemenge den Betrag von 9627,84 Millionen Mark ergibt. Nach den Preisänderungen, wie sie das Kriegsernährungsamt vorschlägt, würde eine Steigerung des Ertrages auf 9777,86 Millionen Mark erzielt werden. Zur Begründung bemerkt der Präsident v. Batocki, daß dieser Mehrertrag nur erzielt wird, wenn der Ertrag der Ernte nicht heruntergeht. Die Berechnung geht dahin, den Beweis zu liefern, daß für den Erzeuger ein Vorteil bei der Preisänderung herauskommt.

Abg. Käppler (Soz.) meint, daß die öffentliche Bewirtschaftung der wichtigsten Nahrungsmittel uns bisher vor dem Zusammenbruch rettete. Aber die Organisation zeige sehr viele Mängel, die bei dem neuen Wirtschaftsplan leider nicht vermieden werden. Die Preisrelation beruhe auf ungenügender Grundlage; bei der Verteilung fehle es an einer strengen Innehaltung eines gerechten Ausgleichs. Der neue Wirtschaftsplan lasse alles beim alten, er nehme viel zu wenig Rücksicht auf eine Steigerung der Produktion. Selbst wenn wir im letzten Jahre 23 Millionen Tonnen Kartoffeln mehr ernten, so muß doch das Quantum für die menschliche Ernährung von ungefähr zwölf Millionen Tonnen sicher zu haben sein. Diese Gegenüberstellung zeige uns die schlechte Bewirtschaftung. Die Rücksichtnahme auf die Landwirtschaft müsse aufhören. Allerdings müsse der Landwirtschaft die nötige Unterstützung zuteil werden, sie müsse im Bezuge der Düngemittel, des Saatgutes und der Stellung von Arbeitskräften Erleichterung erfahren. Bei einer Erhöhung des Brotgetreides werde auch eine Steigerung des Brotpreises nicht zu vermeiden sein. Das wäre aber eine außerordentlich harte Last, die den minderbemittelten Volksschichten jetzt nicht auferlegt werden dürfe.

Abg. Molkenbuhr (Soz.) schildert, wie im Vergleiche zu den hohen Lebensmittelpreisen sehr viele Berufsschichten keine entsprechende Erhöhung des Einkommens zu verzeichnen haben. Der Landwirt ist schon bemüht, das Land zu bebauen; eines besonderen Anreizes durch Preis-Ueberangebote bedarf es nicht. Die Landwirtschaft hat auch bereits vom Beginn des Krieges an teilgenommen an den Preissteigerungen; deshalb sind die neuen Ansprüche unberechtigt. Wenn wir den Krieg gewinnen wollen, so heißt es heute für die Nahrungsmittel sorgen. Im nächsten Jahre muß es mit unserer Lebensmittelversorgung besser aussehen. Das ist auch zu erreichen, wenn die nötigen Organisationen und Entschiedenheit in der Durchführung bei dem Kriegsernährungsamt vorhanden sind.

Fegter (Vp.): Es kommt hier auf ein richtiges Verhältnis der Preise an. Ob sie im einzelnen zutreffend sind, wie die Vorschläge der Professoren sie festlegen, muß einer näheren Prüfung unterworfen werden. Unser Viehbestand muß mäßig [illegible] werden. Mit Herrn Rösicke ist eine Verständigung schwer möglich, wenn er nur die Erhöhung der Preise befürwortet, aber die Herabsetzung der Viehpreise ablehnt.

Prinz v. Schönaich-Carolath (natl.): Wir müssen bewundern, wie unser Volk die Lasten trägt, die ihm auferlegt werden; aber verkennen wir auch nicht, wie dem Landwirt heute jede Verfügung über seinen Ernteertrag, sein Vieh usw. genommen ist. Redner bespricht dann noch eingehend die Anbaumöglichkeit für das nächste Jahr.

Die Verhandlungen gehen weiter.

Die Reichstagskommission für Bevölkerungspolitik

verhandelte am Montag vormittag über den Schutz der Militärpersonen gegen ansteckende Krankheiten und die von ihr angeregte Erhebung über die Verbreitung und Behandlung der Geschlechtskrankheiten im Heere.

Abg. Dr. Wirth (Ztr.) beklagt die Ausdehnung der Straßenprostitution in der Nähe der großen Bahnhöfe an den deutschen Hauptverkehrspunkten, durch die täglich Zehntausende von Soldaten passieren, die bei der Ankunft nachts belästigt und verführt würden, weil die Polizei der „Dirnen“ nicht Herr werden und Nachtquartiere oft schwer zu finden seien. Im Osten wieder, nahe den Kriegsschauplätzen, ständen den jungen Soldaten auf dem Transport nach der Front alle Bordelle offen. Die Blüte der deutschen Jugend werde so verwüstet.

Abg. Schulz-Erfurt (Soz.) bestreitet, daß man diesen Uebelständen mit Polizeimaßnahmen abhelfen könne. Man solle den Soldaten billige und gute Uebernachtungsgelegenheit bieten und ihr Selbstverantwortlichkeitsgefühl stärken.

Zwei Vertreter der Medizinalabteilung des Kriegsministeriums versichern, daß die Regierung ihre Schuldigkeit tue. In den besetzten Orten sei die erste Sorge der Militärbehörde, die Straße von der Prostitution zu säubern und in Bordelle zu konzentrieren (!). Die Statistik beweise, daß der Zugang an Geschlechtskrankheiten im Heere nur wenige Prozent betrage. Die von der Kommission gewünschte Erhebung habe sich etwas verzögert, werde aber jetzt aufgenommen. Der Fragebogen wird vorgelegt.

Abg. Mumm (christl.-soz.) spricht ausführlich über alle Sittlichkeitsfragen und wünscht völlige Schließung der Animierkneipen sowie eine große Reihe sonstiger Polizeimaßnahmen.

Ab. Davidsohn (Soz.) schreibt viele Uebelstände ebenfalls dem Fehlen der nötigen Soldatenheime zu. Den geschlechtskranken Soldaten dürfe man nicht noch strafen. Die Unterscheidung von Mannschaften und Offizieren bei der Behandlung der Geschlechtskrankheiten sei falsch und schädlich und verstoße gegen den ausdrücklichen Wunsch der Kommission. Die Verbindung zwischen Heer und Beratungsstellen sei immer noch nicht hergestellt. In dem vorgelegten Fragebogen werde es geschlechtskranken Militärpersonen direkt nahegelegt, ihre Einwilligung zur Mitteilung an die Versicherungsanstalten und zur Weiterberatung in der Heimat zu verweigern.

Das praktische Ergebnis der Beratungen sieht ein Antrag der Sozialdemokraten Dr. Quarck, Schulz und Genossen, der vorschlägt, die Reichsregierung zu ersuchen, mehr als bisher an den Hauptknotenpunkten des Verkehrs in Deutschland und den besetzten Gebieten Soldatenheime und Einrichtungen für billige Nachtunterkunft der durchreisenden Militärpersonen zu schaffen.

Abg. Dr. Strube (freik.) will die Beschlußfassung verschoben haben, weil man nicht wisse, was alles schon geschehen sei, ebenso ein konservativer Redner.

Der sozialdemokratische Antrag wird mit allen Stimmen angenommen.

Nächste Sitzung Freitag oder Sonnabend. Tagesordnung: Soziale Maßnahmen für Mutter und Kind und Schluß der heutigen Beratung.

Deutsches Reich.

Die „durchgehende Arbeitszeit“.

Im Reichsamt des Innern sind zahlreiche Anregungen auf reichsgesetzliche Einführung der „durchgehenden Arbeitszeit“ eingegangen. Wiederholt ist darauf hingewiesen worden, daß die Einführung dieser Arbeitszeit zum Zweck der Licht- und Kohlenersparnis in allen Betrieben, wo es irgend angängig ist, dringend erwünscht ist, und daß auch in zahllosen Betrieben, auch bei Behörden, Gerichten usw. mit der durchgehenden Arbeitszeit außerordentlich günstige Erfahrungen gemacht worden sind. Trotzdem hat die Reichsregierung, wie wir hören, von einer gesetzlichen Regelung der Frage Abstand genommen.

...Seefracht aber auch in Nordfrankreich, ja in den deutschen und österreichisch-ungarischen Hafenstädten als siegreicher Wettbewerber auftrat, begann in zunehmendem Maße Deutschlands Kohlenausfuhr sich geltend zu machen. Knapp vor dem Kriege führte Deutschland nach Oesterreich-Ungarn um 180 Millionen Mark Steinkohlen und Koks ein, nur sieben Prozent der österreichisch-ungarischen Kohleneinfuhr stammten nicht aus Deutschland; dem stand eine Braunkohleneinfuhr aus Oesterreich-Ungarn nach Deutschland im Werte von [illegible] Millionen Mark gegenüber. Es folgten als Empfangsländer deutscher Kohle: die Niederlande (93 Millionen Mark), Belgien ([illegible] Millionen Mark), Frankreich (49 Millionen Mark). Allein gerade für die Entwicklung der französischen Eisenindustrie, für die Eisenerzgewinnung im Bassin de Briey wurden die deutschen Kohlen unentbehrlich; gleichwohl gingen aus dem kohlenarmen Lande im Jahre 1913 fast vier Millionen Tonnen Eisenerz zur Verhüttung nach Deutschland.

Im Kriege nun bietet Frankreich das belehrendste Beispiel der völligen Abhängigkeit kohlenarmer Länder von den Kohlenausfuhrländern. Seiner zumeist im Nordosten gelegenen Gruben durch den deutschen Einbruch beraubt, mußte Frankreich schon 1915 aus England [illegible]387 000 Tonnen Steinkohlen einführen, nach Abschluß des Vertrages mit England im April 1916, der eine Kohlenlieferung von zwei Millionen Tonnen im Monat festsetzte, steigerte sich die Einfuhr im Jahre 1916 auf 20 966 000 Tonnen. Die Unzulänglichkeit der Transportmittel — ein wesentlicher Teil des französischen Eisenbahnmaterials ist in deutsche Hände gefallen —, vor allem aber die deutschen U-Boote haben die Zufuhr namentlich in den letzten Monaten immer enger eingeschnürt und die furchtbare Kohlenkrise verursacht, die Frankreich jetzt darniederdrückt. „Alles schien organisiert,“ schreibt der Temps, „um die besten Ergebnisse des französisch-englischen Vertrages zu erreichen. Es gab nur eine Lücke, und sie war die eigentliche Ursache der Krise: der Vertrag hatte die Verschärfung des U-Bootkrieges nicht vorgesehen.“

Was bedeutet aber die Tatsache, daß Frankreich genötigt war, sich nahezu das Drittel, 1916 nahezu die Hälfte seines regelrechten Friedensverbrauchs an Kohlen aus England zu holen? Doch offenbar, daß ohne englische Hilfe der französische Widerstand infolge der Besetzung der Nordostdepartements durch die Deutschen längst zusammengebrochen wäre. Der Vorstoß über Belgien, wenn er auch Paris nicht erreichte, war der Stoß ins Herz und die Schlacht an der Marne hat nur die augenblicklichen, nicht die dauernden Wirkungen des deutschen Waffenerfolges gehemmt. Ohne englische Kohlen hätte Frankreich seine Munitionsindustrie niemals nach dem sich steigernden Bedarf des Artilleriekampfes ausbauen, ja nicht einmal den Betrieb der Eisenbahnen nach den Anforderungen der kämpfenden Front, ihrer Verpflegung, ihrer Truppenverschiebungen aufrecht erhalten können, es wäre unrettbar einer Auszehrung seiner Kräfte verfallen. Der moderne Krieg kennt wieder die „entscheidenden Positionen,“ die „beherrschenden Stellungen,“ nur sind es nicht die Festungen, Hochflächen und Wasserscheiden der mittelalterlichen Ermattungsstrategie des achtzehnten Jahrhunderts, sondern die Herzpunkte der Industrie und die Lagerstätten ihrer wichtigsten Rohstoffe. Indem nun England seine beiden des Brennstoffs fast entblößten Bundesgenossen Frankreich und Italien mit Kohlen versieht und ihnen die Kampffähigkeit, ja das blanke Leben erhält, ist es schon darum — auch abgesehen von seiner finanziellen Uebermacht und seiner Seegewalt — der Herr und Gebieter des Bundes. Auch die volle Bedeutung der amerikanischen Einfuhr wird erst von diesem Gesichtspunkt aus klar. Sie hat nicht nur das Heer Englands bewaffnet, bevor dieses seine Kriegsindustrie geschaffen hatte, sie hat auch ungeheure Mengen britischer Kohle freigesetzt, die den italienischen und französischen Werkstätten und Bahnen die unentbehrliche Triebkraft verleihen.

Endlich findet „der Kampf um die Seele der Neutralen“ durch die Kohlenlieferung eine wesentliche, ja entscheidende Ergänzung. England bedarf der norwegischen und der holländischen Schiffe, um seinen durch die Kriegstransporte und durch die U-Boote geschmälerten Frachtraum zu ergänzen. Doch die holländische und die norwegische Schiffahrt und Industrie sind ebenso sehr auf die britische Kohle angewiesen. Neben die Gewinngier der Reeder tritt fast gebietend die Kohlennot des Landes. Will nun Deutschland verhindern, daß die Neutralen völlig unter das Gebot des Vierverbandes geraten, so muß es wenigstens teilweise in Holland, Dänemark, Norwegen und Schweden als Kohlenlieferant an die Stelle seines Hauptgegners treten. Und diese Notwendigkeit, durch die Verschärfung des U-Bootkrieges erst recht unabweislich geworden, zählt unter die Hauptursachen der augenblicklich in Deutschland und in Oesterreich-Ungarn waltenden Kohlenknappheit. Die beiden Vorkämpfer des Weltkrieges befehden einander nicht nur mit Geschossen und Torpedos, sondern auch mit Kohlentransporten, nicht nur auf dem Schlachtfeld und auf dem Meere, sondern auch in der Tiefe des Schachtes. Und welche Heeresmassen ballen sich in den Schächten zusammen! 668 000 Menschen fanden 1913 in den deutschen Kohlengruben Beschäftigung, mehr als 800 000 in den englischen. Die Bergleute, die Eisenbahner, die Munitionsarbeiter bilden in jedem Sinne das zweite Heer des Weltkrieges.

Die Höchstpreise für Zündhölzer.

Der Reichskanzler hat im Wege einer Aenderung der Ausführungsbestimmungen über den Verkehr mit Zündwaren vom 10. Dezember 1916 die für inländische Zündhölzer erlassenen Höchstpreisbestimmungen durch Aufnahme von Vorschriften über einige bisher nicht berücksichtigte Arten von Hölzern und Packungen ergänzt. Gleichzeitig hat er bestimmt, daß der Preis für ausländische Zündhölzer beim Verkauf an den Verbraucher für das Pack zu je zehn Schachteln 75 Pfennig, für zwei Schachteln 15 Pfennig nicht übersteigen darf.

Ernährungsfragen.

Um dem Schleichhandel zu begegnen

hat das Kriegswucheramt in Berlin zwei Nächte der letzten Woche den Schlesischen Bahnhof und den Bahnhof Alexanderplatz durch eigene Beamte und Beamte der Berliner Kriminalpolizei überwachen lassen, da auf diesen Bahnhöfen besonders viel Personen aus den östlichen Provinzen Deutschlands, besonders aus der Provinz Posen, eintreffen, die sich an dem Schleichhandel beteiligten. Es wurden vorläufig etwa 150 Personen festgestellt und ihr Gepäck einer eingehenden Untersuchung unterzogen. Dabei wurden beschlagnahmt insgesamt etwa 4 Zentner Schinken, 4 Zentner Wurst, 4 Zentner Rauchfleisch, über 20 Zentner frisches Fleisch, gegen 22 Zentner Geflügel, 1 Zentner Kaninchen, 28 Schock Eier, über 1 Zentner Butter, etwa 8 Zentner Käse, 2 Zentner Erbsen, 1 Zentner Graupen, 2 Zentner Bohnen, ein viertel Zentner Zucker. Einem Reisenden wurden 8 Zentner Seife abgenommen, einem anderen über 80 Kilogramm Gummi.

Während Seife und Gummi den hierfür zuständigen Kriegsstellen übergeben worden sind, sind die Lebensmittel, zu deren Fortschaffung mehrere Lastautos nötig waren, teils dem Magistrate in Berlin zur Versorgung der städtischen Bevölkerung, teils der Lebensmittel-Abteilung des Waffen- und Munitions-Beschaffungs-Amtes für die Schwerarbeiter zur Verfügung gestellt worden.

Gegen die beteiligten Personen sind Strafverfahren eingeleitet worden, soweit sie nicht unter Verzicht auf ihr Gepäck entwichen waren. Einige Beschuldigte, deren Namen sich auf den Gepäckstücken befanden, wollten nicht die Besitzer sein. So waren auch zwei Reisekörbe mit einem Kalb und einem Schwein, die ohne Zweifel aus einer verbotenen Schlachtung stammten, da sie, wie aus dem Fehlen des Stempels ersichtlich, nicht der amtlichen Fleischbeschau unterzogen waren, an ein großes Berliner Hotel gerichtet; die Leitung dieses Hotels will jedoch nicht der Empfänger sein. Mehrfach wurde beobachtet, daß Händler, die sich in den Besitz der ausgegebenen Gepäckstücke setzen wollten, hierzu Hilfspersonen heranholten, um sich selbst der Gefahr des Ergriffenwerdens zu entziehen. Dazu wählten sie mit Vorliebe Soldaten, denen sie ein hohes Trinkgeld versprachen. Sie glaubten offenbar, daß Soldaten von den Kriminalbeamten nicht angehalten werden würden.

Hoffentlich setzt man diese Ermittelungen nicht nur fort, sondern regt sie auch allgemein zur Nachahmung an.

Neues aus aller Welt.

Frau Kupfer und ihre Gimpel.

In dem Konkurs der Frau Meta Kupfer, die unter den Berliner Gimpeln einen so reichen Fischzug machen konnte, war dieser Tage vor dem Amtsgericht Schöneberg die erste Gläubigerversammlung. Hören wir, was da berichtet ward. Frau Kupfer ist am 1. Februar 1874 zu Cöthen in Anhalt geboren, heiratete mit 17 Jahren den Inhaber einer Leipziger Rauchwarenfirma, der 1899 angeblich auf der Jagd verstarb, ohne Vermögen zu hinterlassen. Sie will sich in Leipzig mit Schriftstellerei und Erfindungen ernährt haben; doch hat sich herausgestellt, daß sie sich auch mit dem Vertrieb „gewisser Artikel“ beschäftigte. Sie war damals stark verschuldet und siedelte im Februar 1915 ohne Mittel nach Berlin über. Sie mußte sehr bald den Offenbarungseid leisten. Sie suchte sich mit dem Verkauf von Brotkartentaschen zu ernähren, was ihr aber auf die Dauer nicht zusagte. Ein von einem Leipziger Herrn hergegebenes Darlehen von 830 Mark benutzte sie zum Erwerb von Lebensmitteln, die sie dann weiterveräußerte. Im Bureauhaus Börse mietete sie einen kleinen Raum und faßte hier den Grundgedanken für ihr später großangelegtes „System“. Von einer Hotelbesitzerin hatte sie sich 400 Mark zur Anschaffung von Waren entliehen, die sie mit einem Zinsengenuß von 70 Mark sehr bald zurückgeben wollte. Der Vertrieb der Waren brachte aber Verlust. Um diesen zu decken, borgte sie sich von einem Verwandten 2000 Mark unter der Bedingung, dafür innerhalb kurzer Frist 400 Mark Zinsen zu zahlen. Mit diesem Gelde befriedigte sie die Hotelbesitzerin. So begann das „System“. Ihre Lebensmittelgeschäfte ergaben fortgesetzt Verluste, so daß die Verpflichtungen lawinenartig anwuchsen. Diese zu decken konnte ihr nur auf verbrecherische Art gelingen. Frau Kupfer ließ sich nun falsche Stempel anfertigen, mit denen sie gefälschte Urkunden herstellte. Es lassen sich drei Klassen von Gläubigern unterscheiden. Die erste hat Gewinnanteil und Kapital zu fordern, die zweite nur Gewinnanteil und die dritte und am meisten geschädigte besteht aus den Personen, die der Kupfer noch kurz vor ihrer Verhaftung mehr als eine Million Mark Bargeld gegeben haben. Es sind bisher 170 Personen ermittelt worden, die sich an den Geschäften der Frau Kupfer beteiligt haben. Die Kupfer verhandelte mit den Geldgebern meist direkt, sie bediente sich aber auch einer Anzahl von Vermittlern, die sich selbst günstigere Anteile versprechen ließen, als sie ihrerseits den Geldgebern zugestanden. Andere Vermittler führten ihr nur Leute zu. Diese Vermittler schluckten Unsummen von Verdiensten, bis zur Höhe von 40 000 bis 50 000 Mark Provision! Die einzelnen Darlehen beziffern sich auf 100, 300, 500 Mark und steigen bis zu einer Million Mark. Um diese Verpflichtungen erfüllen zu können, beteiligte sich Frau Kupfer an zwei Gründungen mit je 100 000 Mark und 900 000 Mark. Die Rechte aus diesem Gründungsvertrag wurden an dritte Personen abgetreten. Auch der Aufwand für den Privatbedarf der Frau Kupfer war außerordentlich groß. Mutter und Tochter kauften die teuersten Kleider, Hüte und Stiefel, seidene Hemden für 115 Mark, Strümpfe das Paar zu 18 Mark, viele Dutzende Paare von seidenen Handschuhen und kostbare Schmucksachen. Hohe Summen wurden auch für Autos ausgegeben. Die Rechnungen für Photographen, Blumengeschäfte, Kunsthandlungen gehen in die Tausende. Die Ausgabe von hundert Mark für die Benutzung eines Sportplatzes war keine Seltenheit. Der jährliche Unterhalt hat eine Viertelmillion Mark gekostet! Barbeträge sind vorgefunden worden, Effekten im Nennwert von 97 000 Mark sind so belastet, daß nur 18 000 Mark der Konkursmasse zugute kommen werden. Die tatsächliche Aktivmasse besteht nur aus 69 000 Mark. Die Höhe der Verbindlichkeiten läßt sich zurzeit noch nicht angeben, dürfte aber zweieinhalb Millionen betragen. Die Summe der aufgenommenen Gelder beziffert sich auf 4 000 000 Mark . . . Alles in allem: ein Ergebnis der „großen Zeit“.

20 Personen getötet.

Genf, 26. Februar. Aus Malta wird nach Paris gemeldet: Auf dem großen französischen Amerikadampfer Saint Laurent erfolgte eine schwere Explosion im Maschinenraum. Wie es heißt, sind mehr als 20 Personen getötet worden.

Schweres Eisenbahnunglück.

Stockholm, 26. Februar, abends 11 Uhr. Der nördlich gehende Invalidenzug lief heute abend bei Holmsveden nahe Söderhamn auf ein Nebengleis und rannte gegen die Wand eines Gebäudes. Die vier Wagen hinter der Lokomotive wurden völlig zerstört. In diesen Wagen befanden sich 65 Invaliden, die jetzt unter den Trümmern liegen. Weitere zwei Wagen wurden leicht beschädigt. Die Zahl der Opfer ist noch unbekannt. Als Ursache des Unglücks wird falsche Weichenstellung angesehen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19170227/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG